

Zeitung zur Europawahl am 26. Mai 2019

Wer AfD wählt, wählt Nazis



Foto: Christian Schneider

Deine Stimme gegen die AfD

► Die AfD will mit den Wahlen zum Europaparlament den Rechtsruck in Europa vorantreiben.

Parteichef Jörg Meuthen bezeichnet Heinz-Christian Strache von der österreichischen NSDAP-Nachfolgepartei FPÖ, Matteo Salvini von der italienischen faschistischen Partei Lega und Viktor Orbán von der ungarischen Fidesz-Partei als „natürliche Verbündete“ der AfD. Sein Ziel ist eine möglichst große extrem rechte Europafraktion.

► Die AfD setzt im Europawahlkampf auf Rassismus.

Sie fordert eine Festung Europa und Massenabschiebungen, genannt „Remigration.“ Sie hetzt mit Lügen gegen die Minderheit von Muslimen*innen und stilisiert den Islam zu einer Gefahr für Europa. Das völkische Gesellschaftsbild durchzieht auch das Europaprogramm; oft ist von „nationaler Identität“ und „Staatsvolk“ zu lesen.

► Das Programm der AfD ist auch frauenfeindlich.

Es stellt sich gegen sexuelle Selbstbestimmung und greift die Errungenschaften der Frauenbewegung der letzten Jahrzehnte an.

► Die AfD gibt vor, für eine „gerechte Sozialpolitik“ zu sein.

Ihre Forderungen führen zur Entsolidarisierung und zur Absenkung von Sozialstandards in der EU. Gleichzeitig fordert sie eine Führungsrolle Deutschlands in der EU.

► Die AfD will sich erst wählen lassen und dann aber abgeschafft das Europaparlament abschaffen.

Das zeigt, dass es geheuchelt ist, wenn sie sich als selbsternannte „Retterin der Demokratie“ aufspielt.

► Zugleich zielt die Europawahlkampagne der AfD darauf, ihren Aufbau in Deutschland zu verstärken.

Maximilian Krah aus Sachsen, auf Platz drei der Europaliste der AfD, sagt mit Blick auf die Europawahlen, die Landtagswahlen und die Zeit

danach: „Lasst uns der Eisbrecher sein, damit wir überall in Deutschland sächsische Verhältnisse haben.“

► Die AfD schafft mit ihrer rassistischen Hetze ein Klima des Hasses und ist politisch mitverantwortlich für rechte Gewalt.

Aufgrund der zahlreichen Proteste gegen rechts versucht sich die AfD-Führung zu verstellen und sich ein rechtskonservatives Mäntelchen umzuhängen.

Aber gleichzeitig verbreitet sie weiterhin völkisch-nationalistische Positionen. Die AfD ist die größte Partei in Deutschland, in der sich Nazis und Faschist*innen sammeln. Sie ist eine faschistische Partei im Werden.

Das kann man gut an der Europa-Liste sehen. Spitzenkandidat Jörg Meuthen gehört selbst nicht dem Nazi-Flügel an, aber er hält seine schützende Hand über Björn Höcke und andere Nazis vom extrem rechten „Flügel“.

Der Ex-Bildzeitungsjournalist Nikolaus Fest, Listenplatz 6, ist der Meinung, dass Religionsfreiheit nicht für alle gilt. Er sagt, der Islam sei kein Glauben, sondern eine „Ideologie“, und er will in Deutschland „alle Moscheen schließen“.

► Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten.

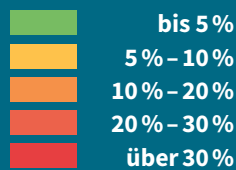
Der ehemalige Chef der völkischen Patriotischen Plattform, Hans-Thomas Tillschneider, tritt für eine Zusammenarbeit mit Pegida, Identitärer Bewegung und anderen extremen Rechten ein. Seine Wahl auf Listenplatz 19 und die seines Gesinnungsgenossen Thorsten Weiß auf Platz 14 zeigt, wie einflussreich der Neonazi-Flügel mittlerweile in der AfD ist. Thorsten Weiß bezeichnet sich als Koordinator des Höcke-Flügels in Berlin und pflegt Verbindungen zur Identitären Bewegung.

Die AfD ist der Stichwortgeber für die Neonazis, rechte Hooligans und andere rechte Gewalttäter*innen.

Rechte in Parlamenten der Europäischen Union

Stimmenanteile rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei den jüngsten Wahlen

Ungarn (2018)	68,3 %
Jobbik	19,1 %
Fidesz	49,2 %
Polen (2015)	
Recht und Gerechtigkeit	37,6 %
Österreich (2017)	
FPÖ	26,0 %
Slowenien (2018)	
Slowenische Demokr. Partei	24,9 %
Dänemark (2015)	
Dänische Volkspartei	21,1 %
Belgien (2014)	
Neu-Flämische Allianz	20,3 %
Finnland (2014)	
Partei der Finnen	17,7 %
Schweden (2018)	
Schwedendemokraten	17,5 %
Italien (2018)	
Lega	17,4 %
Lettland (2014)	
Nationale Allianz	16,6 %
Norwegen (2017)	
Fortschrittspartei	15,2 %
Frankreich (2017)	
Front National	13,2 %
Niederlande (2017)	
Freiheitspartei (PVV)	13,1 %
Deutschland (2017)	
AfD	12,6 %
Tschechien (2017)	
Freiheit u. direkte Demokratie	10,6 %
Bulgarien (2017)	
Vereinigte Patrioten	9,1 %
Slowakei (2016)	
Volkspartei – Unsere Slowakei	8,0 %
Griechenland (2015)	
Goldene Morgenröte	7,0 %
Litauen (2016)	
Ordnung und Gerechtigkeit	5,3 %



Regierungsbeteiligung
rechtspopulistischer und
rechtsextremer Parteien

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Mir macht nicht nur die AfD Angst, sondern auch ihre Normalisierung. Früher waren die Holocaust-relativierenden und rassistischen Positionen dieser Partei Tabu. Heute nicht mehr. Hetze gegen Minderheiten hat keine Rechtfertigung. Mit meinen Büchern und Artikeln will ich die Menschen zum Widerstand ermutigen.“

Armin Langer,
Autor von „Ein Jude in Neukölln“



„Geschichte wiederholt sich nicht. Sind wir da so sicher? Die AfD ist ein Sammelbecken rechter Gesinnung. Ein Höcke fordert eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Niemand sollte die Augen verschließen, weghören oder sagen, das geht vorbei. Das kann schief gehen.“

Peter Neuhoof, NS-Verfolgter, VVN-BdA



Infografik AgR, 2/2019



Foto: Stand up to Racism

Widerstand gegen extreme Rechte in Europa

In den letzten Jahren sind in fast allen europäischen Staaten rechte und rechtsextreme Parteien stark geworden. Doch auch der Widerstand wächst.

Es gibt die Vorstellung, Nazis und Rassismus würden automatisch dort gedeihen, wo Einwanderung auf Krise trifft. Griechenland beweist, dass das nicht stimmt. Dort hat die Eurokrise zu einem massiven Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit geführt. Zugleich kamen dort mehr Geflüchtete aus den Kriegsgebieten des Mittleren Ostens an als sonst wo in Europa. Dennoch haben die Nazis der „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland einen vergleichsweise schweren Stand.

Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen wehren sich die griechischen Gewerkschaften gegen die Auswirkungen der Krise und Erpressungspolitik der Troika. Zum anderen organisiert die „Gemeinsame Bewegung gegen Rassismus und die faschistische Bedrohung“ (KEERFA) seit 2009 parteienübergreifend den Widerstand gegen die Rechten.

Dieser Widerstand machte im entscheidenden Moment den Unterschied. Denn noch vor wenigen Jahren erlebte auch Griechenland einen bedrohlichen Aufschwung rassistischer Kräfte. 2012 gab es Hetzjagden gegen pakistanische Migranten*innen. 2013 baute die „Morgenröte“ bereits eine Art Straßenarmee auf. Im September jenes Jahres ermordete schließlich ein Neonazi den bekannten Rapmusiker und Aktivisten Pavlos Fyssas.

Die Gewerkschaften hatten am Folgetag zu einem 48-stündigen Generalstreik gegen Sozialkürzungen aufgerufen. KEERFA kämpfte darum, den ersten Tag des Generalstreiks dem Naziterror zu widmen. Mit Erfolg: 50.000 Menschen demonstrierten zur Parteizentrale der „Goldenen Morgenröte“. Infolge dessen wurde endlich die Hälfte der Führung der Partei verhaftet und 68 ihrer Mitglieder wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Seitdem sind die Nazis deutlich geschwächt.

Internationaler Tag gegen Rassismus

Um gemeinsam den Widerstand gegen rechts zu stärken, wird jedes Jahr rund um den 21. März, den „Internationalen Tag gegen Rassismus“, in ganz Europa und darüber hinaus demonstriert. In diesem Jahr finden die Demonstrationen am 16. März in dutzenden Städten unter den Hashtags #WorldAgainstRacism und #MarchAgainstRacism statt.

In London protestierten 2018 am Internationalen Tag gegen Rassismus 20.000, im schottischen Glasgow 2.000 Menschen. An der Massendemonstration in der britischen Hauptstadt gegen die rassistische Politik von US-Präsident Trump beteiligten sich im Juli 2018 rund 250.000 Personen.

In Österreich gab es 2018 zahlreiche Demonstrationen gegen die rechtsgerichtete Regierung aus ÖVP und FPÖ. Allein am 13. Januar waren in Wien 70.000 Demonstrant*innen auf der Straße.

Aber auch in Osteuropa gibt es Widerstand. Im vergangenen August gelang es, einen Naziaufmarsch in Warschau durch eine Massenblockade auf der Straße am Weitermarsch zu hindern; im Oktober stellten sich Antirassist*innen einer faschistischen Kundgebung entgegen, die sich gegen Muslim*innen, Asiat*innen und Ukrainer*innen richtete.

Diese Liste könnte lang fortgesetzt werden. Deutschland reiht sich diesbezüglich ein. Am 13. Oktober 2018 haben unter dem Motto „Un-teilbar“ gezählte 242.000 Menschen auf der Straßen Berlins demonstriert. Es gibt keine rechte Demonstration, Pegida eingeschlossen, die auch nur fünf Prozent dessen auf die Straße hat mobilisieren können. An unzähligen Orten haben Menschen in der ganzen Republik gegen Rassismus und die AfD protestiert.

Die Beispiele zeigen: Die Rechten sehen stark aus, weil ihre Themen von Regierungen und Medien bedient werden. Doch die Mehrheit ist gegen Rassismus und Nazis. Darauf können wir aufbauen.

Christine Buchholz

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Ich kam in einem Asylheim in Brandenburg zur Welt. Dort erfuhr ich Freundschaft und Hilfsbereitschaft. Letztes Jahr setzte ich mich für meine von Abschiebung bedrohten Mitschüler*innen ein. Nun arbeite ich mit Kindern in Kambodscha, einem krieggeplagten Land. Die Welt ist rund, sie kennt keine Grenzen. Daher stehe ich auf gegen die AfD.“

Hibba Kauser, im FSJ



AfD-Spitzenkandidat Meuthen nennt Orbán, Salvini und Strache „natürliche Verbündete.“ Wofür stehen die drei?

Heinz-Christian Strache schaltet gleich

Darf man in Wien schon von „Gleichschaltung“ sprechen?

Die Regierung aus ÖVP und FPÖ drängt mit ihren Gesetzen die Rechte von unselbstständig Beschäftigten zurück, wo sie kann, und attackiert den Sozialstaat. Einfach nur ekelhaft ist das Vorhaben einer abgestuften Familienbeihilfe für EU-Bürger*innen. Kinder in Ungarn, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien, deren Eltern in Österreich arbeiten und in die Sozialtöpfe einzahlen, sind auf einmal weniger wert. Eine „Ausgabenbremse“ der Sozialversicherung oder Stümperei mit der Mindestsicherung – all das ist entweder verfassungswidrig oder widerspricht EU-Recht.

Die Regierung Kurz/Strache versucht, die Verfassung und die demokratischen Institutionen des Landes zu unterminieren, in dem sie an

zentralen Stellen extrem rechte Personen installiert. Angefangen hat es mit der Attacke des Bundesinnenministers Kickl auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss arbeitet den Skandal auf. Gerichte haben bereits bestätigt, dass Kickls Aktion die gesetzliche Grundlage fehlte.

Immer wieder kommt es in den Reihen der Freiheitlichen zu Fällen von NS-Wiederbetätigung, seien es Fotos, auf denen der Hitlergruß zu sehen ist oder rechtsradikale Aussagen. Die Reaktion der Parteispitze ist immer die gleiche: sie spricht von „Einzelfällen“. Doch lässt sich trotz dieser Verharmlosung die Verbindung von FPÖ-Politiker*innen zu nationalsozialistischem Gedankengut gut erkennen. **Thomas Willms**

Victor Orbán: Rassist, Antisemit und Demokratiefeind

Victor Orbán ist seit neun Jahren Ministerpräsident in Ungarn. Er gewann die Wahlen 2010 an der Spitze der rassistischen Partei Fidesz infolge einer schweren sozialen Krise, die das Land nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 erschütterte.

Damals gewann die offen faschistische Jobbik rasch an Unterstützung. Orbán reagierte auf den Aufstieg von Jobbik, in dem er deren rassistische Parolen imitierte.

Einmal an der Macht, griff er zunächst die Minderheit der Rom*nja an. Seine Regierung erließ ein sogenanntes Beschäftigungsgesetz, dass es rechtsextremen Bürgermeistern der Jobbik ermöglichte, Rom*nja wie Strafgefangene in bewachten Kolonnen arbeiten zu lassen.

Als 2015 zahlreiche Flüchtlinge aus dem Nahen Osten in Europa Schutz suchten, ließ Orbán die serbische Grenze hermetisch abriegeln

und gab den Behörden freie Hand, Flüchtlinge zu schikanieren.

Orbán polemisierte im Wahlkampf gegen eine internationale Verschwörung von EU, UN und George Soros. Dabei bedient er sich des antisemitischen Stereotyps der jüdischen Weltverschwörung. Die größte Gefahr sei, so Orbán, dass „Millionen von Migranten aus dem Süden kommen. Europäische Führer und ein milliardenschwerer Spekulant wollen nicht, dass wir unsere Grenzen verteidigen“.

Orbán nutzt heute seine Macht, um die Demokratie im Land auszuhöhlen. Zahlreiche ungarische Nachrichtensender, Zeitungen und Radiostationen sollen an die sogenannte „Zentrale Europäische Presse- und Medienstiftung“ übergehen. Sein Ziel ist es, rechtslastigen Medien die totale Kontrolle über die öffentliche Meinung zu geben, um seine Regierung zu stabilisieren. **Frank Renken**

Matteo Salvini: Gegen Flüchtlinge und Roma

Bei der letzten Parlamentswahl erreichten die Rechtsparteien (Berlusconi Forza Italia, Salvinis Lega und Grillos „Fünf Sterne Bewegung“) gut 60 Prozent der Mandate. Trotz innerer Differenzen gelang es, eine Rechtsregierung zu bilden, die sich aktuell als politische Scharfmacherin in Sachen Antiflüchtlingspolitik in Europa geriert.

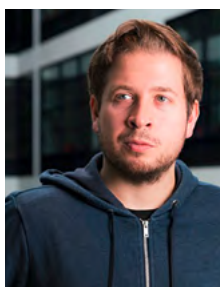
Innenminister Matteo Salvini, der seine Partei „Lega“ seit einigen Jahren auf einen massiv fremdenfeindlichen Kurs gebracht hatte, provozierte von Anfang an. Als Verantwortlicher für die Flüchtlingslager in Lampedusa und anderen Orten erklärte er zuerst, dass er 500.000 „illegale Flüchtlinge“ ausweisen wolle und zwar in „Auffanglager“ – man kann auch Internierungslager sagen – in Nordafrika. Gleichzeitig warf er der tunesischen Regierung vor, sie würde ihre Strafgefangenen nach Italien verschiffen.

Wie wenig er sich um das Schicksal und das Leben der Flüchtenden kümmert, zeigen zwei weitere Anordnungen Salvinis. Zuerst ordnete er ein Landungsverbot für das Hilfsschiff „Aquarius“ und weitere Seenotretter in Italien an, dann verbot er Bürgermeistern die Unterbringung von Flüchtlingen in Dörfern und regulären Wohnungen. Das hatte in verschiedenen Teilen Italiens zu gelungener Integration geführt. Stattdessen mussten die Flüchtlinge wieder in Massenunterkünften untergebracht werden.

Salvinis offener rassistischer Auftritt war seine Forderung nach einem „Bevölkerungsregister“, das die im Lande lebenden Rom*nja selektieren soll. Auch diese Gruppe möchte er am liebsten ausweisen, obwohl diese Familien seit Jahrzehnten italienische Staatsbürger*innen sind. **Ulrich Schneider**

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Ich unterstütze Aufstehen gegen Rassismus, weil Rechtsradikale nicht erst gefährlich werden, wenn sie eine Mehrheit im Parlament haben. AfD und Co. setzen darauf, dass andere ihre Hassparolen in die Tat umsetzen – fast jeden Tag passiert das irgendwo. Wir müssen sie spüren lassen, dass sie damit nicht durchkommen!“ **Kevin Kühnert**, Bundesvorsitzender der Jusos



„Ich stehe auf gegen die AfD, denn wir brauchen die Vielfalt in unserer Gesellschaft. Diese und die Menschlichkeit sollten zur Normalität werden, damit die Menschenfeindlichkeit endlich ausstirbt, das wäre der nächste evolutionäre Schritt in die Zukunft.“

Julia Endres, Stadtschülerrätin Offenbach, aktiv in der Flüchtlingsbewegung



Rassismus: Eine wachsende Gefahr

Die AfD profitiert nicht nur von den Vorurteilen gegenüber Migrant*innen und Muslim*innen. Ihr Erfolg schürt diese auch.

Die neue „Autoritarismus-Studie“ der Universität Leipzig verdeutlicht: Der Rassismus ist in der Gesellschaft weit verbreitet. So sei ein Viertel der Bevölkerung „geschlossen ausländerfeindlich“ eingestellt.

Allerdings lohnt sich ein genauerer Blick auf das Auf und Ab der Werte. So ist laut Studie der „Anteil der geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten“ zwischen 2012 und 2014 von 25,1 auf 18,1 Prozent gefallen, im Osten von 28,7 auf 22,4 Prozent. Dieser Zeitraum fiel zusammen mit dem Niedergang der NPD. 2010 und 2011 waren zentrale Aufmärsche der Nazis in Dresden und anderen Städten erfolgreich gestoppt worden.

Bis 2018 ist dieser Anteil der „ausländerfeindlich Eingestellten“ bundesweit wieder auf 24,1 Prozent gewachsen, im Osten auf 30,9 Prozent. Besonders auffällig: Der Anstieg im Osten nahm erst 2017 und 2018 richtig Fahrt auf, nachdem die AfD bei den Landtags- und Bundestagswahlen in Ostdeutschland ihre größten Erfolge erzielen konnte.

Vorurteile grassieren besonders gegen Muslim*innen sowie Sinti*zze und Rom*nja. 56 Prozent der Befragten behaupten, sie hätten Probleme mit Sinti*zze und Rom*nja „in ihrer Gegend“, obgleich es in vielen Gegenden kaum Sinti*zze und Rom*nja gibt. Der Anteil derer, die sich „durch die vielen Muslime wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen, ist 2018 auf 55,8 Prozent angestiegen. In den neuen Bundesländern liegt dieser Wert bei über 60 Prozent. Auch die Vorurteile gegen einen vermeintlich zu großen Einfluss „der Juden“ haben laut Studie 10 Prozent aller Befragten explizit bestätigt.

Rassismus macht Muslim*innen, Jüd*innen oder Sinti*zze und Rom*nja zum Sündenbock. Doch er richtet sich auch gegen alle, die für Solidarität und eine offene Gesellschaft stehen. Der Kampf gegen die extreme Rechte und gegen Rassismus geht Hand in Hand.

Irmgard Wurdack

Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018:

→ <https://www.boell.de/de/2018/11/07/leipziger-autoritarismus-studie-2018-methode-ergebnisse-langzeitverlauf>



Zukunft – statt Ausgrenzung und Rassismus!

„Die Welt ist aus den Fugen“ – dies spüren immer mehr Menschen, und Beklemmung und Angst breiten sich aus: Angesichts weltweiter Konkurrenz nimmt gesellschaftliche Ungleichheit stetig zu, Frieden befindet sich vielerorts mehr denn je außer Sicht, globale Krisen entfalten eine immer beängstigendere Dynamik – und am nahen Horizont stehen die potentiell tödlichen Verwerfungen, die der Klimawandel schon heute vielerorts auslöst. Eigentlich wissen wir alle: Es bedarf umfassender Anstrengungen für eine Welt, in der die Menschheit überleben kann.

Die große Mehrheit der Regierungen hat dafür bis heute allerdings keine zukunftsweisenden Strategien entwickelt – und befeuern damit die Ausbreitung vermeintlich einfacher, aber vollkommen falscher Parolen: Wie bequem ist es doch, angebliche Sündenböcke für eine verfehlte Politik zu identifizieren und gegen diese zu hetzen, anstatt selbst Lösungen zu präsentieren – auf diese menschenverachtende Strategie pokern radikal rechte Parteien wie die AfD!

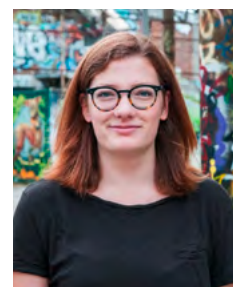
Die gute Nachricht: Immer mehr Menschen setzen sich für eine bessere Welt ein. Vielfältig, in Organisationen, Bündnissen und ganz konkret, im praktischen Engagement vor Ort, spüren viele: Solidari-

tät schafft Gemeinschaft und Zukunft – Ausgrenzung, Spaltung und Hass dagegen sind keine Lösung. Es braucht eine andere Welt. Einen besseren Ort als die Erde haben wir nicht. Dafür gilt es – auch in diesem Europa-Wahlkampf – zu streiten. Judith Amler, attac Deutschland

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Der Kampf gegen Rassismus bedeutet für mich, immer und überall Haltung zu zeigen – egal, wie und wo er uns begegnet. Und er erfordert, solidarisch mit allen Betroffenen zu sein. Diese Ideale müssen sich in der gestaltenden Politik progressiver und anti-rassistischer Kräfte wiederfinden.“

Charlotte Sonneborn,
Studentin, Uni Münster, Juso-hsg



Den Kampf gegen die AfD im Betrieb aufnehmen

Die Menschen wünschen sich, sorgenfrei von ihrer Arbeit leben zu können. Ihre Sehnsucht richtet sich auf Stabilität und Sicherheit, um auf diesem Fundament ihr Leben zu gestalten und zu genießen.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Viele Menschen erleben Arbeitsplatzverluste, Unsicherheit, zunehmend flexible und prekäre Beschäftigungsformen sowie steigenden Zeit- und Leistungsdruck. Die damit einhergehenden Enttäuschungen und Kränkungen, Abstiegs- und Abwertungserfahrungen sowie die Erwartung wirtschaftlicher und sozialer Verschlechterung führen zu vielfältigen Zukunftsängsten.

Rechtspopulismus gedeiht besonders dort gut, wo Menschen das Gefühl haben, dass sie bei Verlängerung des herrschenden Politikmanagements auf der Seite der „Verlierer“ zu landen drohen.

Die AfD gibt vor, für die „kleinen Leute“, für die Verlierer der Globalisierung zu sprechen, unter denen sich viele Arbeiter und Arbeitslose befänden. Sie fordert, Gewerkschaften sollten sich aus gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen heraushalten.

Doch Gewerkschaften haben gute inhaltliche Positionen und vertreten Werte wie Solidarität, Toleranz oder Gerechtigkeit. Es gilt diese Inhalte und Werte offensiv zu vertreten, sie mit Leben zu füllen und offensiv in inhaltliche Auseinandersetzungen mit der AfD zu gehen! Dann wird schnell klar, wer die Interessen der abhängig Beschäftigten vertritt! Denn die AfD hat für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner*innen keine befriedigenden Antworten auf drängende sozialpolitische Fragen, egal ob es um Rente, Wohnungsbau oder Digitalisierung geht.

Entschieden sind Argumentationen zurückzuweisen, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich aufgrund neu hinzukommender Migrant*innen oder Geflüchteter. Flüchtlinge, Migrant*innen oder Muslim*innen dürfen nicht zu Sündenböcken der sozio-ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre gemacht werden. Gründe für Verschlechterungen sowie sozialer Ungerechtigkeiten liegen zumeist in einer schlechten Gesetzgebung oder Politiken von Arbeitgebern, die gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet sind – und leider auch an der fehlenden Mächtigkeit von Gewerkschaften im Unternehmen.

Der Kampf „für eine pluralistische Gesellschaft, in der Toleranz und gleiche Rechte gelten, unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, vom Alter oder der sexuellen Identität“ (ver.di) kann gewonnen werden.

Herbert Schmidt

So geht es auch

„Wenn die IG BAU Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen will, dann muss sie auch zur AfD Haltung annehmen. Dies gelingt uns, indem wir aufklären, uns abgrenzen und uns der AfD auf den Straßen und in den Betrieben in den Weg stellen.“ Und je nach Situation sind auch klare Kante zeigen und Abgrenzung erforderlich.“ IG BAU, „Grundsätze gegen Rechts“, November 2018

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Ich stehe auf gegen die AfD, weil die AfD mit ihrem rassistischen und völkischen Weltbild eine solidarische Gesellschaft verhindert. Gemeinsam mit vielen trete ich für eine solidarische Gesellschaft ein, in der offene Grenzen, Toleranz und eine soziale Sicherung für alle durchgesetzt werden kann.“

Uwe Hirsch, Mitglied Bundesvorstand
NaturFreunde Deutschlands



„Mein Großvater hat zwölf Jahre seines Lebens im KZ Dachau verloren, weil er sich für eine friedliche und sozial gerechte Gesellschaft einsetzte. 80 Jahre danach formiert sich die Rechte wieder und träumt von einem neuen Faschismus. Die AfD darf nicht unterschätzt, sondern muss mit großer Entschiedenheit bekämpft werden.“

Ulrike Eifler, DGB-
Geschäftsführerin, Region Südostthessen



Menschenfeindlichkeit hat viele Gesichter, die AfD hat sie alle!

„Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“ So steht es im Grundgesetz. Dieses Recht will uns die AfD nehmen.

So soll es Frauen verboten sein, über ihren eigenen Körper zu entscheiden, wenn sie schwanger sind. In ihrem Programm sagt die AfD der „staatlichen Förderung“ von Abtreibungen den Kampf an. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Krankenkassen nicht mehr für Abtreibungen aufkommen und Ärzt*innen, die Abtreibungen vornehmen, kriminalisiert werden sollen. AfD-Vorstandsmitglied Beatrix von Storch organisiert zusammen mit christlichen Fundamentalist*innen jährlich einen Marsch selbsternannter „Lebensschützer“, die das Recht auf Abtreibungen vollständig abschaffen wollen.

Die Partei will stattdessen Frauen zu Gebärmaschinen degradieren. Die AfD behauptet in ihrem Programm: „Wenn es uns nicht gelingt, die Geburtenrate wieder auf ein auskömmliches Niveau zu steigern, droht unser Volk, unsere Sprache und unsere Kultur in den nächsten 100 bis 200 Jahren weitestgehend zu verschwinden.“ Diese Idee vertraten bereits die Nazis, die Mutterschaftsorden verteilt haben.

Die AfD führt einen Kreuzzug gegen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Sie polemisiert in ihrem Programm gegen eine vermeintliche „Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung“ und wendet sich gegen Quotenregelungen. Die AfD macht vor, was das in der Praxis bedeutet: Ihre Fraktion hat den bei weitem niedrigsten Frauenanteil im Bundestag.

Die AfD will ein Zurück zur Familienideologie der 50er Jahre, als die meisten Frauen finanziell von ihren berufstätigen Ehemännern abhängig waren. Und als Schwule und Lesben ihre Sexualität verheimlichen mussten.

Damit greift die AfD uns alle an. Wenn hier Frauen nur für Frauen, Muslime nur für Muslime, Queers nur für Queers, Migrant*innen nur für Migrant*innen, Geringverdienende nur für Geringverdienende streiten, haben wir schon verloren. Gehen wir denen nicht auf den Leim, die uns auseinander dividieren und so schwach machen wollen.

Christian Gaa, LGBT-Aktivist, Student



Foto: Gabriele Engelhardt

Chemnitz und der Kampf gegen die AfD in Sachsen

Die Stadt Chemnitz hat 2018 traurige Berühmtheit erlangt, als sich nach dem tragischen Tod eines 35-jährigen Chemnitzers die jahrelange Hetze der AfD in rassistischen Ausschreitungen und Hetzjagden entlud. Schnell war die AfD-Bundes- und Landesprominenz (Höcke, Kalbitz, Tillschneider, Urban u. v. a.) vor Ort und marschierte gemeinsam mit den Islamfeinden von Pegida, gewaltbereiten Fußballhooligans, Nationalisten und Rechtsextremisten. Die Bundesregierung hat zwischen dem 26. August bis zum 11. Oktober 112 rechtsextrem motivierte Straftaten festgestellt – allein in Chemnitz. Die AfD ist genauso wie die extrem rechte Bürgerbewegung Pro Chemnitz, die von September bis Dezember 2018 jeden Freitag mit rassistischer und völkischer Propaganda durch die Innenstadt zog, politisch verantwortlich für die Überfälle auf das jüdische und die beiden persischen Restaurants, für den Brandanschlag auf das türkische Restaurant sowie für die erneut angestiegene Zahl rassistischer Angriffe und Überfälle.

Doch es gab von Anfang an auch Widerstand gegen die rechte Mobilisierung in Chemnitz. Am 1. September wurde der sogenannte Trauermarsch von Höcke und Co. schon nach wenigen Hundert Metern gestoppt, weil sich ihnen breiter Protest entgegenstellte. Am 3. September kamen 65.000 nach Chemnitz zum #wirsindmehr-Konzert. Mit vielen Kundgebungen, Demos und Mahnwachen haben wir gezeigt, dass wir unsere Stadt nicht den Rassist*innen und Nazis überlassen. Am 9. November, dem Gedenken an die Pogrome von 1938, schafften wir es mit unserer Protestaktion zusammen mit der jüdischen und muslimischen Gemeinde, dem Theater Chemnitz und vielen anderen

Akteuren, dass der Marsch von Pro Chemnitz vorzeitig beendet werden musste.

Aktuell organisiert die Chemnitzer Gruppe von Aufstehen gegen Rassismus gemeinsam mit Anwohner*innen den Protest gegen ein von Pro Chemnitz in einem Wohnviertel in der Innenstadt geplantes „Begegnungszentrum für Patrioten“. Dort sollen Seminare für rechte Bürgerstreifen stattfinden. Wir werden das verhindern.

Am 1. September 2019 sind in Sachsen Landtagswahlen. Der Spitzenkandidat der sächsischen AfD, Jörg Urban, Chef der Landtagsfraktion und Vertreter des faschistischen „Flügels“, will Sachsen zum „unattraktivsten Platz“ für Asylbewerber machen und „die Plätze im Abschiebegehwarsam massiv ausbauen“. Auf Platz 2 wurde der Generalsekretär der sächsischen AfD, Jan Zwerg, gewählt, der mit der Landtagswahl darüber entscheiden lassen will, ob Sachsen deutsch bleibe.

Doch der Widerstand formiert sich weiter. Bereits Anfang des Jahres gab es einen großartigen Protest in Riesa gegen den Europaparteitag der AfD. Jetzt gilt es, die Bewegung gegen die rassistische und menschenverachtende Hetze der AfD gemeinsam mit den demokratischen Parteien und Gewerkschaften, den Kirchen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, den migrantischen Organisationen, den muslimischen und jüdischen Gemeinden, aufzubauen. Jede*r kann aktiv werden; sei es beim Infostand, beim Flyer-Verteilen oder bei den geplanten Aktionen von campact am 19. Mai, von #unteilbar und natürlich bei den Aktionen von Aufstehen gegen Rassismus – überall in Deutschland und auch in Sachsen.

Gabi Engelhardt und Volkmar Zschocke, AgR Chemnitz

10 GRÜNDE AKTIV ZU WERDEN

„Ich steh' gegen die AfD auf, weil ich für eine Gesellschaft streite, in der die Freiheit des Einzelnen Bedingung für die Freiheit aller ist. Die AfD will im Gegensatz dazu einen Kapitalismus, in dem die Rechte der Einzelnen von Geschlecht, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung abhängen.“



Katja Kipping, Parteivorsitzende Die LINKE

„Ich stehe auf gegen die AfD, weil ich nie wieder in einem abgeschotteten Land, in einem autoritären Staat leben will. Die AfD ist ein Angriff auf die freie, offene und vielfältige Gesellschaft, für die ich 1989 gestritten habe. Mein Zuhause soll weltoffen bleiben! Menschenrechte sind unteilbar!“



Volkmar Zschocke, MdL im Sächsischen Landtag für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

MACH MIT



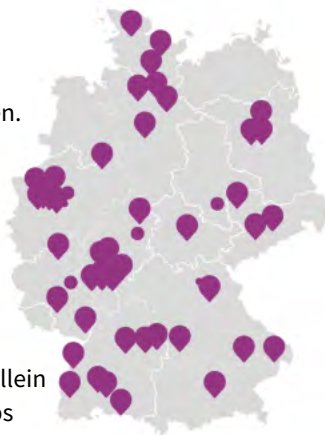
AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

Aufstehen gegen Rassismus ist ein breites, bundesweites Bündnis. Unsere Kampagne gegen die AfD wird getragen von einer Vielzahl an Organisationen und Personen. Neben lokalen Akteur*innen und Einzelpersonen aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden sind attac, die Jusos, Naturfreunde, DIE LINKE, VVN-BdA, IG-Metall, DGB-Jugend, ver.di, Interventionistische Linke, OMAS GEGEN RECHTS und der Zentralrat der Muslime am Bündnis beteiligt. Alle, die sich anschließen möchten, sind herzlich willkommen!

Bei dir vor Ort

In vielen Städten gibt es „Aufstehen gegen Rassismus“-Bündnisse und Aktivengruppen. Welche das sind, kannst du auf unserer Webseite sehen: → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal/ Die Aktiven vor Ort freuen sich, wenn du sie kontaktierst und informieren gern über die nächsten Treffen und Aktionen.

Es gibt bei dir noch keine Gruppe? Hier findest du Aktivitäten, die man auch allein oder zu zweit gut machen kann sowie Tipps und Tricks, wie du weitere Interessierte finden und selbst eine Gruppe gründen kannst: → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/mitmachen/aktionsanleitungen



Online-Shop der AgR-Kampagne

Aufkleber, Buttons, Flyer, Plakate und vieles mehr gibt es in unserem Online-Shop: → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/shop

Werde Stammtischkämpfer*in



Wir alle kennen das: In der Diskussion mit Arbeitskolleg*innen, bei der Familienfeier oder im Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, dass wir nicht den Mund aufgemacht und widersprochen haben.

Hier setzen unsere Stammtischkämpfer*innen-Seminare an, mit theoretischem Input und praktischen Übungen lernst du die Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Wir lassen rechte Parolen nicht einfach so stehen!

Werde eine*r von über 10.000 Stammtischkämpfer*innen und nimm an einem kostenlosen Seminar teil. Termine in deiner Nähe findest du auf: → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/termine

Oder organisiere selbst ein Seminar. Wir helfen gern dabei. Schreib uns an → stammtisch@aufstehen-gegen-rassismus.de

Termine

▷ Am 19. Mai auf die Straße

„Ein Europa für alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!“ Großdemonstrationen in vielen Städten Europas – bei uns in Berlin, Hamburg, Frankfurt/Main, Köln, Leipzig, München und Stuttgart

▷ Komm zur Aktivenkonferenz am 29./30. Juni in Leipzig

Nach der Europawahl und vor den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen wollen wir bei unserer bundesweiten Aktivenkonferenz in Leipzig gemeinsam Bilanz ziehen und uns vorbereiten auf die kommenden Wochen und Monate. Wo steht die AfD in den Parlamenten, auf den Straßen und Plätzen, in den Betrieben und an den Unis? Womit waren wir erfolgreich und wo müssen wir besser werden, um die AfD zurückzudrängen und mehr Menschen zu gewinnen, gemeinsam gegen Rassismus aktiv zu werden? Interessierte sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf deine Fragen und Anregungen. Weitere Infos bekommst du auf:

→ www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktivenkonferenz2019

Wir brauchen deine Spende



aufstehen-gegen-rassismus.de



facebook.com/aufstehengegenrassismus



info@aufstehen-gegen-rassismus.de

Aufstehen gegen Rassismus wird durch Spenden finanziert. Spenden sind steuerlich absetzbar.

VVN BdA | DE90 4306 0967 1214 8918 00

Verwendungszweck: Aufstehen gegen Rassismus

V.i.S.d.P.:
Thomas Willms,
Magdalenenstr. 19,
10365 Berlin,
Redaktion: Christine
Buchholz, Thomas Willms
Auflage: 200.000